

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Berantwortet. Redakteur: Wilh. Rößling in Düsseldorf,
Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 1425.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die
Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die eingesparte Zeitseite 20 Pf. Bei Wieder-
holungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Pf. das Exemplar berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der "Christliche Textilarbeiter" erscheint jeden Samstag und
 kostet vierthalb Pf. 70 Pf. durch die Post bezogen 90 Pf.
 Expedition Druck und Verlag von Joh. van Aken in
 Krefeld. Ull. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 30. Dezember 1905.

Nr. 52.

Zum neuen Jahr.

Das Jahr 1905 ist ins Meer der Zeit dahingeflossen. Wenn diese Nummer sich in den Händen der Mitglieder befindet, dann wird das Jahr seinen Kreislauf bereits vollendet haben. Das neue Jahr mit seinen Wünschen, seinen Hoffnungen wird seinen Anfang nehmen. Unaufhörlich ruht der Zeiger der Zeitenuhr vorwärts. Vorwärts, vorwärts, so heißt die Losung auch für den Menschen. Was rastet, ruht, so lautet das Sprichwort. Dennoch ist es wohlgetan, bei der Jahreswende die unaufhaltsam vorwärtsstrebende Tätigkeit für einen Augenblick zu unterbrechen, um präzise zurückzuschauen auf das verflossene Jahr. Wohl wird das Bild der Erinnerung nicht frei sein von trüben und schmerzlichen Punkten. „Des Lebens ungetrübte Wonne ward keinen Sterblichen zuteilt.“ Dennoch wird die Erinnerung in mildem und wohltätigem Lichte erscheinen, wenn wir das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung in uns tragen. Das Beste gewußt, heißt das Gute getan zu haben. Unsere Fehler und Fehlungen im alten Jahr aber mögen uns mahnen, im neuen Jahre mehr noch als bisher an in jeder Beziehung unsere Pflicht zu tun.

Erinnern wir mit dem, was das verflossene Jahr für unseren Verband gebracht hat, zufrieden sein? Schenkt mir zu!

Mit einem Mitgliederbestand von rund 20000 traten wir das verflossene Jahr an. Unsere Abrechnung vom dritten Quartal weist einen Mitgliederbestand von rund 25000 aus. Das bedeutet ein mehr von 5000 Mitgliedern. Wir brauchen keine Propheten zu sein, um behaupten zu können, daß die Zahl unserer Mitglieder im letzten Quartal (die Abrechnungen liegen ja noch nicht vor) wieder bedeutend gestiegen ist. Wie sehr sind doch jene Schätzungen getäuscht worden, welche von der Durchführung der Leitungserhöhung einen starken Rückgang der Mitgliederzahl befürchteten. Sind auch einzelne dicke Zweige abgefallen, so hat dieses dem Wachsen des großen Verbandsbaumes doch nicht geschadet. Als eine Art von großem sozialen Werk ist auch wohl die Einführung unserer Krankengeldzuschußklasse zu betrachten. Der Verband soll und will dem Arbeiter Mütter und Helfer sein in den vielen Bedrängnissen und Notfällen des wirtschaftlichen Lebens. Deshalb muß er dem Arbeiter auch dann beistehen können, wenn derselbe durch Krankheit behindert wird, für sich und seine Familie sorgen zu können.

Bahnrücke Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse hat der Verband den Mitgliedern im verflossenen Jahre gebracht. Neben friedlichen Vereinbarungen hat unsere Organisation auch manche Streiks dieserhalb führen müssen. Sind doch unsere Ausgaben für Streikunterstützung im letzten Jahre noch in keinem Vorjahr auch nur annähernd erreicht worden. Wohl war es, wie stets, auch im verflossenen Jahre unser Bestreben, möglichst auf friedlichen Wege die Interessen der Arbeiter zu wahren. Über wenn unser Mitgliedern einfach das kategorische „Wir verhandeln nicht“, entgegengesetzt wurde, dann mußten wir zum letzten Mittel greifen. Leider sind die Textilarbeiter noch nicht in ihrer Mehrheit von der unbedingten Notwendigkeit der Organisation durchdrungen. Waren diese Massen in festgeschlossenen Verbänden vereinigt, dann würden auch in der Textilindustrie die friedlichen Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen häufiger sein. Wir wollen nur unser gutes Recht. Wollen wir unserem Recht aber Anerkennung verschaffen, dann müssen wir Macht besitzen. Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir uns für die Erhöhung der Beiträge entschieden. Nicht Kampf ist unser Ziel, sondern der wirtschaftliche Friede. Solange die Rechte der Arbeiter aber seitens der Arbeitgeber nicht anerkannt werden, solange werden wir Kämpfe zu führen haben.

Wieder ist am hochheiligen Weihnachtsfest die Friedensbotschaft verkündet worden: Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind! Möge diese Weihnachtsbotschaft auch im wirtschaftlichen Leben immer mehr beherzigt werden. Nicht träge Ruhe kann uns Arbeiter diesem Ziele, dem wirtschaftlichen Frieden, näher bringen. Energische Be-tätigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete allein kann dahin führen, daß die Verhältnisse andere, doch sie bessere werden. Zeigen wir, daß wir guten Willens sind. Seien wir unermüdlich tätig in der Organisation. Klären wir die noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf über die Betreibungen unseres Verbandes, begeistern wir sie für die Ziele der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Schwierig ist diese Aufgabe, aber wir können sie lösen, wenn wir alle guten Willens sind. Unsere bisherige Tätigkeit garantiert uns den endlichen, befriedigenden Erfolg. Ein großes Stück sind wir auch im vergangenen Jahre vorwärts gekommen. So können wir denn frohen Mutes in das neue Jahr eintreten. Rüstig wollen wir weiterarbeiten an dem großen Werke, an der Hebung des Arbeiterstandes. Dazu bedarf es aber nicht nur der äußeren, sondern auch der inneren Erstärkung. Nur für eine große Sache bringt man große Opfer. Werden wir uns der großen Bedeutung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung immer mehr bewußt. Studieren wir fleißig, damit wir jederzeit gewappnet in den Kampf für unsere Ideale eintraten können. Die Feder im neuen Jahre seine Pflicht, dann wird unsere Bewegung mächtig vorwärts schreiten. In diesem Sinne wünschen wir allen Mitgliedern

ein glückliches neues Jahr!

Aachen und Thüringen.

II.

Aus Aachen wird uns noch geschrieben:

In Nr. 50 des „Textilarbeiter“ schildert Genosse Feinhals in seiner bekannten Weise, wie ihm ein Mitglied des christlichen Verbandes, welches er bereits in seiner Liste eingetragen hatte, wieder entschlüpft ist. Warum werden denn nicht auch die Mittel angegeben, durch die man das bestreitende Mitglied „überzeugt“ hatte. Diese merken ein großes Schlaglicht auf die hier beliebte Agitationsweise des „deutschen“ Verbandes. So hatte man dem Manne vorgeschnellt, die Christlichen hätten bei der Ausschreibung in Thüringen ihre Mitglieder wieder in die Bretter hineingelegt; dieselben müssten die Arbeit für 12 M. wöchentlich aufnehmen. Hier in Aachen wären dieserhalb bereits 400 Mitglieder aus dem christlichen Verband ausgetreten usw. Genosse Feinhals hat dem Manne ins Buch geschrieben: „Am 6. Dezember ausdrücklich vor seiner Frau seitens Übertritt zurückgenommen“. Nichtig hätte es heißen müssen: „Weil arg beschwindelt werden, seinen Übertritt zurückgenommen“. Übrigens Genosse Feinhals ein Recht hat, im Eigentum eines anderen Eintrags zu machen, um den Betreffenden in der Leidenschaft verächtlich zu machen, bezweifelt wir sehr. Also die Niederlage in Thüringen sollen die Christlichen verübt haben. Mit solch erbärmlichen Dingen gehen die Genossen hier kolportieren. Wer hätte wohl ein größeres Interesse an der Bewegung als gerade die Aachener Arbeiterchaft? Die Gründe hierfür sind folgende: Erstens stehen die Lohnsätze in Thüringen bedeutend niedriger als in Aachen, und zweitens ist dort das Zweistuhlsystem ganz und gäbe. 44258 Webstühle werden von 25000 Webern und Weberinnen bedient. Warum ausnahmsweise in Thüringen 100000 Arbeitnehmer auf dem Zweistuhlsystem arbeiten. Die hiesigen Arbeitgeber waren seit dem Jahre 1896 bemüht, hier das Zweistuhlsystem für leichtere Waren einzuführen. Stets haben die hiesigen Arbeitgeber daran hingewiesen, daß in Thüringen das Zweistuhlsystem anstandslos von den dortigen Arbeitern bedient würde. Man würde, so sagten die Arbeitgeber, auf die Führung des Zweistuhlsystems für Aachen gerne verzichten, wenn es der Arbeiterschaft möglich wäre, das Zweistuhlsystem in Thüringen abzuschaffen. Würde dieses nicht geschehen, so wäre der Aachener Industriepol gezwungen, das Zweistuhlsystem ebenfalls einzuführen. Schon jetzt sei es den Konkurrenztag Thüringen gelungen, durch keine billige Herstellung auf dem Zweistuhlsystem die leichteren Artikel dem Aachener Blöze zu entziehen.

Unter solchen Umständen sahen wir dem Ausgang des Thüringer Kampfes mit der größten Spannung entgegen. Unsermeiste, als was aus Greiz beschützt wurde, daß der hiesische viel gewebte Drapé-Artikel dort in Massen auf den Doppelstuhl verweht wird. Man bezeichnet diesen und noch andere Artikel dort als Aachener Lohnarbeit, weil dieser Ware im rohen Stück an die Aachener Fabrikanten verkauft wird. Die Ware wird dann oft appretiert und geht dann als Aachener Artikel auf den Markt. Ein Meister des Drapé-Artikels, wie er in Thüringen auf dem Doppelstuhl hergestellt wird, liegt auf unserm Bezirksbüro zu Federmasch Ansicht vor. Die Hundertzahl, Schätzungsweise im Länge des Stückes und der Weblohn werden auf Wunsch angegeben. Die Tourenzahl der Stühle, auf denen diese Ware verweht wird, beträgt 100 bis 110 pro Minute.

Wir können breit behaupten, daß der „deutsche“ Textilarbeiterverband nie ernstlich bestrebt war, das Zweistuhlsystem in seinen Domänen abzuschaffen. Nicht das geringste hat dieser Verband getan, um in Thüringen und Merseburg diesbezüglich gestellte Forderung mit Nachdruck zu vertreten. In Merseburg sah man gleich in den ersten 14 Tagen von dieser Forderung ab. In Thüringen hat der „deutsche“ Verband diese Forderung nach der Aussage des Gauleiters Neimann auch gestellt, aber vertreten hat man diese Forderung nicht. Während der Bewegung ist das Zweistuhlsystem mit keiner Silbe mehr erwähnt worden, das wird man wahrscheinlich den Christlichen überlassen. Die „Deutschen“ schaffen ruhig auf zwei Stühlen weiter, unbekümmert darum, daß die Aachener Industrie und die Aachener Arbeiterchaft dadurch geschädigt werden. Der Genosse Feinhals schrieb z. B.: Der christliche Verband ist nicht in stande, das Zweistuhlsystem den Aachener fernzuhalten. Woher schöpft der Genosse Feinhals wohl seine Weisheit? Wußte er bereits, daß die „Deutschen“ das Zweistuhlsystem in ihren Domänen nicht abschaffen würden? So muß es doch wohl sein. Soviel steht fest: Hätten die „Deutschen“ das Zweistuhlsystem in Thüringen abgeschafft, dann wäre die Abwehr des Zweistuhlsystems in Aachen ein leichtes gewesen. Wenn es der Aachener Arbeiterchaft an die Dauer nicht möglich ist, das Zweistuhlsystem fernzuhalten, so können sie sich dafür beim „deutschen“ Verbande bedanken, dessen Mitglieder die ehemals Aachener Ware auf zwei Stühlen verwehen.

Ausblicke.

In einer am 18. Nov. in Köln tagenden Versammlung des Vereins der Industriellen bemühte Herr Geheimrat Körber nochmals die Gelegenheit, um die Arbeiterorganisationen für die wirtschaftlichen Kämpfe verantwortlich zu machen und

sie zu verdächtigen. Versiegte sich Herr Körber doch zu folgenden Behauptungen.

„Ich kenne zwar nicht alle Industrien, aber für die Kohlenindustrie des Ruhrreviers muß ich es aus schärfster Ablehnung, die Organisationen anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Die Berufsvereine sind nicht die berufenen Vertreter, die das befehlen wollen nein, die Berufsvereine sind nur ausgesprochene Gesellschaften, die die Egregierung her vor rufen und erhalten wollen.“

Allzu keinen Frieden! Keine Verständigung! Nur als willenlose Werkzeuge in den Händen einiger wenigen Syndikatengewaltigen will Herr Körber die Massen der Bergarbeiter kennen! Keine Anerkennung der Arbeiterorganisationen! Wohl und die mächtigen Arbeitgeber des Bergbaus in Thüringen, Kartellen und „Streikabwehr“-Verbänden vereinigt, aber eine Vereinigung der armen Bergarbeiter hat in den Augen der Belegschaften keine Existenzberechtigung.

Die Arbeiterschulen werden als Heiler verschrien, aber durch Sachkenntnis ist das Urteil der hohen Herren in keiner Weise geträgt. Mag die Stellungnahme der „Herren im Hause“ nun auf bösen Willen oder grobe Unkenntnis zurückzuführen sein, die wirtschaftliche Entwicklung kann auch von den Syndikatengewaltigen des Ruhrreviers nicht aufgehalten werden. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt geradezu auf die Anerkennung der Arbeiterorganisationen und damit auf eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hin. Diese Erkenntnis bricht sich in allen beteiligten Kreisen immer mehr in Bahnen. Geröß bedurfte es des Kampfes, um den Arbeitervororganisationen Wertung und Anerkennung zu verschaffen. Aber ewig können diese schweren Wirtschaftskämpfe nicht weitergeführt werden. Dazu erleidet unser ganzes Wirtschaftssystem zu große Schwierigkeiten, wie wir unten kurz zusammenfassen.

Und gerade die gegenwärtige Zeit, so schreibt Professor Franke in der „Sozialen Praxis“, fordert einen entschlossenen Reformator für unsere inneren sozialpolitischen Zustände förmlich heraus. Hier liegen für einen wahrhafte Staatsmann Aufgaben, deren Lösung zum Wohl des Vaterlandes ein Urrecht auf bleibenden Ruhm sichern müßte. Reubildungen auf allen Gebieten, wo Kapital und Arbeit in Wechselwirkung stehen. Einzelunternehmungen machen ins Riesenhafte oder vereinigen sich zu Kartellen. Neben den Preisualisationen und Monopolen, die den Warenmarkt beherrschen, entstehen Arbeitgeberverbände, die den Arbeitsmarkt unter ihr Machtgebiet zwingen wollen. Auf der andern Seite wachsen die Berufsvereine der Arbeiter gewaltig an, wenn sie auch entweder nicht die straffe Geschlossenheit der Unternehmer und Arbeitgeber aufweisen; ihnen tritt wirtschaftlich zur Seite die Organisation der Warenverbraucher in den Konsumvereinen. Von der früher so oft geprägten und in einem höheren Sinne ja gewiß auch vorhandenen Interessenharmonie der Arbeitgeber und Arbeitern, der Produzenten und der Konsumenten ist im Lärm des Tages kaum mehr etwas zu spüren. In beiden Lagern stehen sich gewaltige Heere gerüstet und kämpfend gegenüber. Auf der einen Seite führt der starre Herrscherwillen, der kein Verhandeln und Vergleichen, sondern nur ein Niederkämpfen bis zum bittersten Ende kennt, auf der anderen Seite drängt eine fiebrige Unruhe, die nach Verbesserung des Lebensloses ringt, ein demagogisches Phrasentum vor Majestät und Masse, Sieg, aber auch Mangel und Not gewaltig vorwärts. In tausend Konflikten prallen die Gegenseiter aufeinander.

Die amtliche Zählung der Arbeitskämpfe gibt uns hierüber einige Aufschluß, wenngleich die Ziffern die Summe der wirtschaftlichen Schädigungen und der sozialen Zwischenfälle auch nicht einmal andeuten können. Wir haben in Nr. 5 Sp. 116 der „Sozialen Praxis“ bereits einen Abriss dieser Statistik für das Jahr 1904 veröffentlicht: es sei uns aber des Zusammensanges halber gestattet, hier nochmals die Hauptangaben zu wiederholen. Nach der amtlichen Feststellung wurden im verflossenen Jahre 1904 Arbeitskämpfe beendet, darüber 120 Aussperrungen; davon wurden insgesamt 11436 Betriebe betroffen und 2530 zum Stillstand gebracht. 113480 Arbeiter traten in den Ausstand, 6788 wurden zum Feierabend gezwungen; 23760 Arbeiter wurden ausgesetzt und 1452 wurden dadurch mitbetroffen. Die gewerkschaftliche Statistik, die ein engeres Gebiet umfaßt und andere Zählmethoden anwendet, verzeichnet 1625 Streiks und Aussperrungen mit 135957 Beteiligten. Diese Kämpfe erforderten 5½ Millionen Mark. Für 128700 Beteiligte kommt der Verlust an Arbeitszeit mit 2,12 Millionen Tagen und an Arbeitsverdienst mit fast 8 Millionen Mark festgestellt werden. Welche Einbußen aber die Unternehmer, welche Schädigungen das Publikum, welchen Nachteil unser gesamtes Wirtschaftsleben durch diese Streiks und Kämpfe erlitten hat, darüber schweigt jede Statistik. Und war 1904 an Zahl das kampfreichste Jahr seit langerer Zeit, so wird es an Umfang jedenfalls noch durch das laufende Jahr erheblich übertroffen: Der Meilenkreis der Bergleute im Ruhrrevier, die gewaltigen Aussperrungen in der Berliner Elektroindustrie, im rheinisch-westfälischen und im Münchener Baugewerbe, sowie in der böhm. Metallindustrie, der Bergarbeiter an der Unterweser, der Zigarettenarbeiter in Dresden, der Kampf in der Berliner Woll- und Schieberbranche, die Massenaussperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie, um nur die größten Kämpfe zu nennen — sie treiben die Ziffern der Streik- und Aussperrungsstatistik für 1905 ins Enorme.

Das kann und darf auf die Dauer so nicht weiter gehen! Es stehen zu große wirtschaftliche und soziale Werte auf dem Spiele, und wir sind als Nation nicht reich und kräftig genug, um sie leichten Herzens bei Verstörung preiszugeben zu können. Das Misstrauen, der Hass und die Erbitterung, die als unheilvolle Folgen der beendeten Kämpfe bei Siegern und Besiegten bleiben, sind für unser Empfinden noch jaßimmer als die materiellen Verluste; sie sind der mit keimbreiter Saat gefüllte Boden, aus dem immer neue Zwietrachtsernen aufschießen. Aber auch die Störungen und Schädigungen des heimischen Erwerbslebens wird in noch höherem Grade die Gefährdung unseres Wettbewerbes auf dem Weltmarkt bedeuten ernste Drohungen für unsre gesamte Wollwirtschaft. Ohne Arbeitskämpfe, ohne Streik und Aussperrung wird sich freilich keine Entwicklung vollziehen. Aber sie sollen doch nur das letzte, äußerste Mittel bilden, die Forderung der Arbeiter über Arbeitgeber durchzudrücken, wenn friedliche Unterhandlung, Ausgleich, Schiedsspruch versagt haben. Und vor allem muß die Überzeugung siegen, daß es falsch ist, diese Kämpfe als bloße Privatsache der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter aufzufassen, in die sich kein Dritter einzumischen habe. Die Erfahrung der letzten Jahre müssen doch auch den Widerstreitenden oder Gleichgültigen die Augen darüber geöffnet haben, daß es sich bei diesen gewaltigen Bewegungen um eminente öffentliche Interessen handelt, um tiefe Eingriffe in Arbeit und Leben weiter Kreise, ja oft in die gesamte Staatsordnung, die solchen Katastrophen jetzt fast macht- und wehrlos gegenübersteht. Das Faustrecht hat hier noch eine letzte Zuflucht, die in einem Rechtsstaat unerträglich ist. Es ist ein Gebot sozialer und wirtschaftlicher Selbsterhaltung, daß der Staat Maßregeln trifft für eine friedliche Ordnung des Austrags von Interessengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit.

Er betrifft damit auch kein Neuland; Ansätze, Versuche, Erfolge einer solchen Regelung sind bereits vielfach vorhanden und harren des Ausbaus. Die neutralen Arbeitsnachweise, die kommunalen und privaten, unter Förderung des Staates haben einen erheblichen Einfluss auf die friedliche Regelung des Arbeitsmarkts gewonnen. Die Gewerbegerichte und neuerdings mit ihnen die Kaufmannsgerichte richten durch ihre Entscheidungen über Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag feste Normen für das Arbeitsrecht auf. Als Einigungsräte entfalten sie eine von Jahr zu Jahr steigende Wirkamkeit, fördern nachdrücklich den Abschluß von Verträgen zwischen den organisierten Arbeitgebern und Arbeitern und wachen über ihre Einhaltung und gewissenhafte Ausführung. Es ist doch keine Kleinigkeit, daß allein in Berlin jetzt 50 Schlichtungskommissionen für die vor dem Gewerbeamt geschlossenen Kollektivverträge fungieren. Hier und da wirkt auch ein Schiedsspruch kräftig zum Frieden. Auch außerhalb des Bereichs der Gewerbegerichte haben angesehene Persönlichkeiten, die das allgemeine Vertrauen genießen, gute Dienste zur Beilegung von Arbeitskämpfen geleistet: Gewerbeinspektoren, Bürgermeister und andere Beamte. Das hervorragendste Beispiel ist in diesem Jahre das erfolgreiche Eingreifen der Bürgermeisterei Ehren im rheinisch-westfälischen Lohngewerksstreit. Die wichtigsten Vorgänge aber vollziehen sich ganz im stillen: es sind die Lohnbewegungen, die ohne Lärm und Kampf verlaufen. Solche friedlichen Lohnbewegungen zählt die gewerkschaftliche Statistik für das abgelaufene Jahr bei 9 Organisationen in 1310 Orten insgesamt 1904 in 15 143 Betrieben mit 249 382 Beschäftigten auf; 184 206 Arbeiter und Arbeiterinnen waren daran beteiligt. Man sieht, diese Bewegung friedlichen Verhandelns und Abschließens übertrifft in Breite und Umfang jetzt schon die Arbeitskämpfe. Im Gegensatz zu diesen erfordern sie fast gar keine Kosten; es wurden nur etwas über 20 000 M. dafür ausgegeben. Dazu kommen noch 1000 M. für die Kosten der sozialen Sicherung. In einer Woche rund 200 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung und rund 12 Millionen Lohn erhöhung im Jahr für zusammen 184 206 Personen.

Man kann auf diese Tatsachen gar nicht nachdrücklich genug hinweisen, eben weil sie sich so leicht der öffentlichen Aufmerksamkeit entziehen. Der Streik und die Aussperrung tritt auf die Gasse und den Markt hinaus, von ihnen sind die Zeitungen voll, die Parteien rufen die Sympathie des Publikums an, die Parlamente beschäftigen sich mit ihnen, nicht minder die Ministerbureaus. Diese friedliche Sohnbewegung zieht ihre Bahnen abseits von der Offenlichkeit, nur die zunächst Beteiligten wissen zumeist darum, niemand weiter kümmert sich um sie. Und doch sind sie von größter Bedeutung. Heute schon zahlreicher und umfangreicher als die Arbeitskämpfe bringen sie die Anwartschaft auf die friedlich geordnete Gestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und damit für eines der Fundamente unseres Wirtschaftslebens. Ihr Endziel sind vorwiegend die, Tarifverträge benannten Abschlüsse über Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit. Man schätzt die Zahl der gegenwärtig in Deutschland zu Recht und Kraft bestehenden Tarifverträge auf rund 2000. Die erwähnten friedlichen Lohnbewegungen haben allein im Jahre 1904 zu 559 Vertragsschlüssen geführt. Ihre stärkste Stütze finden sie in den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter; auch hierfür bringt die Statistik beweiskräftige Zahlen: Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften sind heute schon Träger der Tarifbewegung wie der Arbeitskämpfe. Und wenn sehr häufig die Streiks und Aussperrungen heutzutage in der Regel ohne Gewalttaten und Höhheiten verlaufen, meist sogar in musterhafter Ruhe und Ordnung, so gehört das Verdienst hierfür in erster Linie der erzieherischen Kraft und der straffen Kontrolle der Organisation, der das Gemeinwesen dafür zu Denk verpflichtet ist.

Die Stellung der evangelischen Kirche zu den christlichen Gemeinschaften

ist im der letzten Zeit wiederholt erörtert worden. Für jeden etwas weiter schreitenden christlichen Gewerkschaftler kann es tatsächlich nicht gleichgültig sein, welche Einigung große konfessionelle Vereinbarkeitsvereinbarungen zu den christlichen Gewerkschaften gegenüber einzunehmen. Die Ferntruppen der christlichen Gewerkschaften werden meistens aus den nach der katholisch-religiösen, wie auch nach der sozialen Seite hin geäußerten Mitgliedern der konfessionellen Gemeine bestehen. Für die Bedeutung einer Gottesbetreuung ist schließlich nicht nur die Masse der Mitglieder, sondern der katholisch-religiöse Fern, der in der Menge steht, ausschlaggebend. Erstensich ist es deshalb, daß die Vorgänge und die sozialen Erfahrungen innerhalb der konfessionellen, besitzbaren und innerhalb der evangelischen Gemeine, von Seiten der christlichen Gewerkschaften in neuerster Zeit mit gründlicher Ausführlichkeit verfolgt werden. Das Berichtsblatt ist von betriebsnahen Kollegen über die Steigerungsmaße der evangelischen Arbeitersozialen zur Gewerkschaftskreise erörtert worden. Ich will mich jedoch darum beschränken, diejenigen Thürt mit noch einmal kurz zu erörtern.

Die führenden Parteien in der evangelischen Arbeiterschaft einigten sich doch zum großen Teil auf diese Formulierung der Sozial-Allianz. Allerdings fehlt mir noch etwas bei diesem

erfolgte Beschuß des Ausschusses des Gesamtverbandes evang. Arbeitervereine in der Gewerkschaftsfrage nicht weitgehend genug zu sein. Die freien Gewerkschaften werden zwar grundsätzlich abgelehnt und den Vereinsmitgliedern Berufsvereine empfohlen, die auf „nationalen“ Boden stehen. Das letztere bedeutet meiner Ansicht nach, neben der Empfehlung der christlichen Gewerkschaften, eine tolerante Seitenlinie für die Hirsch-Dunderianer. Tatsächlich bemühen sich die Hirsch-Dunderschen geradezu frapphaft, in die evangelischen Arbeitervereine einzudringen. In diesem Vorhaben werden sie durch die nationalsoziale Strömung innerhalb der evangelischen Arbeitervereine entschieden begünstigt. So stand z. B. der zweite evangelisch-soziale Kursus in Frankfurt a. M. durchaus im Beisein der Firma Hirsch u. Dunder. Und die Treibereien, welche sich neuerdings das Berliner Tageblatt gegen die christlichen Gewerkschaften leistet, sind doch wohl im letzten Schluß nur Planierarbeit für die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Die meisten Landesverbände der evangelischen Arbeitervereine, so z. B. der rheinisch-westfälische Verband, haben ihre freundliche Stellung zu den christlichen Gewerkschaften deutlicher festgelegt. Nun können Beschlüsse schließlich ja auf die Dauer auch nur auf dem Papier stehen bleiben, ohne etwas praktisches zu bewirken. Es wird also Aufgabe der christlichen Gewerkschaften sein, dieses zu verhindern. Christliche Gewerkschafter evangelischer Konfession müssen „tätige“ Mitglieder in Arbeitervereinen werden. Für unsere katholischen Kollegen ist dieses ja schon lange selbstverständlich (leider noch nicht so ganz, d. Red.), bei den evangelischen Arbeitern leider noch ausnahme. Die „Mittgewerkschafter“, die wir ja auf evangelischer Seite immerhin recht zahlreich haben, werden erst dann ihre Pflicht voll und ganz erfüllen, wenn sie sich mit allem Nachdruck auch der sozialen Arbeit innerhalb der evangelischen Arbeitervereine widmen.

Viel wichtiger als die eben erörterte Frage ist meiner Auffassung nach die Stellungnahme der evangelischen Jünglingsvereine unsern gewerkschaftlichen Bestrebungen gegenüber; und zwar aus folgenden Gründen: Die Arbeitervereine zählen zu ihren Mitgliedern im wesentlichen doch nur sttere Arbeiter; die Jugend ist in den Arbeitervereinen prozentual sehr schwach vertreten. Erfolgreiche Versuche, die Jugendliche Arbeiterschaft für die Arbeitervereine zu gewinnen, sind meines Wissens noch nicht gemacht worden. (Auf katholischer Seite liegen in diesem Punkt die Verhältnisse übrigens ähnlich.) Die Vereinsformen sind auch für die Jugend viel unpraktisch zugeschnitten. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Erfolge der Jugendvereinigungen so minimal sind und trotz der Arbeit in denselben die jungen Leute massenhaft der Sozialdemokratie nachlaufen. In Büttdigung des Grundjahres: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, bemüht sich die Sozialdemokratie besonders in den letzten Jahren in verstärktem Maße Einfluß auf die Jugend zu gewinnen. Das dürfen die christlichen Arbeiter nicht unterschätzen; wir bedürfen des jugendlichen Nachwuchses, für bessere Erziehung und Belehrung wichtig genug zu können. Wir müssen für die christlichen Gewerkschaften die Jugend haben, dann gehört die Zukunft uns. Deshalb erscheint mir eine freundliche Stellungnahme der evangelischen Jünglingsvereine uns gegenüber äußerst wichtig. Inchin ist es ja Tatsache, daß jetzt schon ein großer Teil der beauftragten christlichen Gewerkschaften nicht aus Arbeitervereinen, sondern aus evangelischen Männer- und Jünglingsvereinen hervorgegangen ist. Der „Westdeutsche Jünglingsbund“, der etwa 4000 Mitglieder zählt, befasste sich in seinerfangs Reveniber hauptsächlichen Bundeskonferenz sehr einhändig mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Ist nun auf der Konferenz noch keine Entscheidung getroffen worden, so hat die Aussprache, in der die Meinungen ziemlich voneinander plakten, ohne Zweifel nach der sozialen Seite befürchtend gewirkt. Die Richtung, welche sich noch abnend verhielt, tat dieses etwa nicht aus Furcht vor den Katholiken, mit denen man in der Gewerkschaftsarbeit zusammengehen muß, sondern es war vielmehr die Furcht vor der Verflachung der Vereine nach der religiösen Seite hin, die soziale Anregung mit sich bringen würde, die das christliche Element innerhalb des Bundes in dem Widerstand einer sozialen Arbeit, speziell gegen die gewerkschaftliche Arbeit, bestärkte. Aus der Diskussion ging trotz aller klar vor, daß die Zahl unserer Freunde schon eine sehr große sei. Die Entwicklung unserer Verhältnisse wird in den evangelischen Jünglingsvereinen auch die noch bestehende Abneigung gegen soziale Arbeit gründlich beseitigen. Das Haupttreffen über das Thema: „Haben die evangelischen Jünglingsvereine Aufgaben auf sozialem Gebiet?“ hielt ein Warmer und der christlichen Gewerkschaften, Herr Pfarrer Hüppenberg bei Eilen. Der Referent widerlegte im Verlauf seines Vortrages die verschiedenen Vorurteile und Einwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften auf das glänzendste und sah es als Pflicht der Vereine, die Mitglieder derselben

fordern, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Ferner sollten die evangelischen Junglingsvereine sich nach Möglichkeit den sozialen örtlichen Kommissionen (Ausschüsse Arbeitervertreterwahlen) anschließen, Volksbureaus unteren und Teilnehmer zu sozialen Ausbildungskursen entsenden. Endlich fordert Pfarrer Hüzen auch Ergänzung der Bibliotheken nach der sozialen und gewerkschaftlichen Seite. Man sieht, die Vorschläge des Referenten sind ebenso tief wie weitgehend und werden, auf das Vereinsleben bezogen, entschieden ihre Früchte tragen. Die zunächst Folge wird sein, daß die Gewerkschaftsfrage innerhalb verschiedenster Kreisverbindungen diskutiert wird. Es ist für die christlichen Gewerkschaften die günstigste Zeit, Verbindung mit den örtlichen Vereinen zu suchen. Recht wichtig ist die Verbreitung der christlichen Gewerkschaftsidee, ist die Abtragung von Ausschüssen für die Arbeitervertreterwahlen sozialen Kommissionen. Durch Zusammen schlug der verschiedenen konfessionellen Vereine mit den Zentralstellen der christlichen Gewerkschaften und durch die dadurch bedingte gemeinsame soziale Arbeit werden die christlichen Gewerkschaften entstehen gefördert und Eingang in weite Kreise finden, die bis jetzt noch verschlossen sind. Von den hunderttausend interconierten Arbeitskollegen müssen wir die noch indifferente Mehrheit in den konfessionellen Vereinen, vor allem aber die jungen, zuerst gewinnen für unsere Sache. „Wer die Zukunft hat, bestimmt die Zukunft.“

(Xuâ Ñam - Central Blatt)

Ein Arbeitsfeld für die Krankenfestsitten-Vertände.

Bei Eröffnung des Fr.-W.-G. ist der Gesetzgeber von dem zutreffenden Gedanken ausgegangen, daß die Versicherung nur dann populär werden und ihre großen sozialen Aufgaben erfüllen könne, wenn sie durch die Beteiligten zur Ausführung gelange. Deshalb wurde den Sozialorganisationen Selbstverwaltungsberecht verliehen mit der Weisung, daß in den Organen der Selbstverwaltung — Generalversammlung und Vorstand — die versicherten Arbeiter zwei Drittel und deren Arbeitgeber ein Drittel des Stimmrechts haben sollen.

Trotzdem aber die Kassenverwaltungen auf so demokratischer Grundlage beruhen, ist vielfach die befremdliche Tatsache zu verzeichnen, daß seitens der Versicherten die Krankenkasse nicht als ihre eigene, nur zu ihrem Wohle und zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen geschaffene Einrichtung angesehen wird, sondern als ein Institut, dessen Beamten die geborenen Gegner des erkrankten Versicherten sind, dem man also mit dem größten Misstrauen begegnen muß.

Als ganz unberechtigt kann man diesen Standpunkt nicht bezeichnen, weil bei sehr vielen Kassenvorständen die vertretliche Gesetzmässigkeit besteht die Entscheidung so ziemlich aller die Besitzerten berührenden Fragen den angestellten Beamten (Studenten usw.) zu überlassen, welche dann, argwohnisch wie alle Eddelmeister, hinter jedem Kranken, der nicht platt zu Bett liegt, einen Simulanten wittern, dem man durch Krankenhausbelehrung, hochmütiges Verhöre durch die Kierzkommission, Einstellen der Krankengeldzahlung, barsche Behandlung, und wie die Mittel alle heißen mögen, die Lust zum weiteren Bezug der Krankenunterkunft austreiben muss.

Gegenüber derartigen Vorfällen ist der Versicherte meist ohne Schuh, da der verantwortliche Vorstand unbekannt, jedenfalls aber für den Kranken unerreichbar ist, das einzelne im Beifluss angegangene Vorstandsmitglied hat ja vielleicht den guten Willen zu helfen, jedoch fehlt es ihm meist an der notwendigen Übersicht, um sich ein selbständiges Urteil über die Streitfrage zu bilden.

Auf dem Klagewege ist regelmäßig auch nicht viel zu wollen, weil das Streitverfahren — Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde und danach Klage beim Amtsgericht bezw. im Verwaltungsstreitverfahren — nicht in den Rahmen der Sozialgesetzgebung hineinpaßt und Monate vergehen können, ehe die dringliche Krankenunterstützung erstritten ist.

Um diesen bedauerlichen Erscheinungen den Boden zu entziehen, ist der Vorstand der Ortskrankenklasse in Kolonie dazu übergegangen, regelmäßige Sprechstunden einzuführen. Während dieser Sprechstunden kann jeder Versicherte persönlich dem Vorstande bezw. den beauftragten Mitgliedern desselben seine Beschwerden und Wünsche vortragen. Eine derartige Aussprache räumt etwaige Missverständnisse meist zu beiderseitiger Zufriedenheit aus und gibt dem Vorstande das Material an Hand, um den vielleicht bei der Verwaltung eingerissenen Unzuträglichkeiten zu steuern.

Das Koblenzer Beispiel verdient deshalb allseitige Beachtung und Nachahmung.

Weiterhin entspricht es nicht dem sozialpolitischen Geiste des Dr.-B.-G., wenn die wichtigeren in die Rechte der Versicherten eingreifenden Verfügungen einem einzelnen Beamten oder Vorstandsnmitgliede überlassen bleiben. Derartige Fragen soll der gesamte Vorstand nach vorheriger Prüfung entscheiden und möglichst dem Versicherten vorher Gelegenheit geben, sich persönlich dem Vorstande gegenüber auszusprechen.

Die Übertragung eines Teiles der Funktionen des Vorstandes auf den Vorsitzenden — meist ein Arbeitgeber — ist von deshalb verwirlich, weil dadurch der Grundgedanke des Gesetzgebers, daß bei der Krankenfassen-Verwaltung Arbeiter zu zwei Dritteln beteiligt sein sollen, ganz illogisch gemacht und das Wohl und Wehe der Versicherten in die Hände der Arbeitgeber gelegt wird. Wo eine derartige Einrichtung besteht, da sollten die Arbeitervertreter ebenfalls stimmberechtigt sein.

Der „Punkt“ der Sozialdemokratie an die „freien Gewerkschaften“.

Mit dem Teil der sozialdemokratischen Presse und speziell dem „Tobelarbeiter“, die in Sachen des für die freien Gewerkschaften so blamablen Vorwärtsstandes diesen ein-Hände weg! zuriefen und sie auf die in solchen Fällen zu beobachtende Neutralität verwiesen, geht der „Korrespondent“ (Nr. 139) für Deutschlands Buchdrucker und Schriftleger scharf ins Gericht. Diese ganze Neutralitätsheuchelei schildert er draftisch wie folgt:

„Nun ist es ja ein geringer Grad der Nächterlichkeit, wenn man just in einem solchen Falle sich auf die Neutralität der Gewerkschaften besingt, die man sonst nie anerkennen will, für die man — mit Ausnahme von Webel — nur Spott und Hohn übrig hat. Hier aber, in einer höchst unangenehmen Situation für die Partei, will man den Gewerkschaften und ihren Blättern Schweigen gebieten. Und zwar versuchen das dieselben Leute, die ihre Nase am allermeisten in Angelegenheiten der Gewerkschaften stecken, die immer den Gewerkschaften kommandieren wollen, auch vor Aushebungen der Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Leitungen nicht zurückzuschreien — wie nach dem Kölner Gewerkschaftslongress — und selbst auf das Mittel der Verleumdung und Schmähung gegen die „bärmierten“ Gewerkschaftsbeamten nicht verzichten, die gar nicht mehr mit dem Arbeiter zu fühlen vermögen, für seine Lage und seine Bedürfnisse jedes Augenmaß verloren haben — wie ebenfalls nach dem letzten Gewerkschaftslongress und nicht zuletzt von dem Unternehmer (Besitzer einer Zigarrenfabrik in Großenhain), Reichstagsabgeordneten und Redakteur Geher im „Fabarbeiter“ geschehen. Sollen wir ferner noch daran erinnern, wie 1896 und bis zum Frankfurter Gewerkschaftslongress (1899) die Parteipresse — mit nur wenigen Ausnahmen — den Meinungsstreit in unserem Verbande über die Frage der Tarifgemeinschaft zu dem ihrigen machte, wie gerade der so neutrale Herr Geher damals unserer Organisation einen Berichtigungsprozeß wünschte? Da kam niemand, der da sagte, Hände weg von dieser Angelegenheit des Buchdruckerverbandes! Zu Gegenteil, in jeder Beziehung wurde geschürt und gehegt von der Partei und damit unserer Organisation großer Schaden zugefügt. Im Jahre 1905 aber, wo man nicht müde wird zu erklären: „Partei und Gewerkschaften sind eins“, wo man Hymnen der Freude austimmt, daß der hässliche und widerwärtige Traum der Neutralität der Gewerkschaften aufgeträumt ist, da gibt es kräftig eins auf die Finger bei einer Sache, die mit den gewerkschaftlichen Standpunkten ganz erheblich kollidiert. Da will man der Gewerkschaftspresse einen Saßgag auf den Mund geben, wo doch die Bildung der neuen „Vorwärts“-Redaktion mit Gewerkschaftsgegnern wie der Zugemburg, dem von „niedrigen gewerkschaftlichen Instinkten“ redenden Ströhel und dem ungestopften Tejern genügen, bekannten Dürrei zu einer kräftigen Persecution der Gewerkschaften bedeuten. Wir müssen nicht

schisieren, wie besonders die „Zeitschrift für Graveure und Ziefeure“ den Herren Geher mit keiner Heuchelei von der Neutralität der Gewerkschaften heimgesucht, wir wollen auch nicht ausführen, was die neue „Vorwärts“-Redaktion bereits gegen das Prinzip der Gewerkschaften verbrochen hat; wir konstateren nur diese unglaubliche Demagogie, die mit der Neutralität und den Gewerkschaften selbst förmlich Schindluder treibt, was auch in der „Bremer Bürgerzeitung“ geschieht, die ebenfalls erklärt, die Gewerkschaften gehe diese „innere Angelegenheit“ der sozialdemokratischen Partei nicht an, in demselben Stemmzuge aber sagt: „Der einzige Arbeitgeber Deutschlands gehörte freilich das Reich, sich auch um uriose Angelegenheiten der Gewerkschaften kümmern zu dürfen.“

Wollte nun schadenlos sein, so könnte man über die Privatisierung der freien Gewerkschaften durch die sozialdemokratische Presse und den Parteidienst eine gewisse Genugtuung empfinden. Die „freien“ Gewerkschaften ernteten hier den Dank für die Liebesdienste, die sie bis heute der Partei erwiesen haben und noch erweisen. Für diese ernten sie jetzt verdiente Gefstritte.

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Die Gesellschaft für soziale Reform

hielt am 28. November eine Sitzung ihres Ausschusses ab. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Eine Minderheit war für völlige, ausnahmslose Sonntagsruhe, die Mehrheit pflichtete ihrer Forderung für die Kontore bei, hielt aber bei den öffnen Läden gewisse Ausnahmen zur Besiedigung der bringendsten Bedürfnisse der Konsumanten für unerlässlich; doch soll die Höchstzeit der Sonntagsarbeit leinesfalls die ununterbrochene Dauer von zwei Stunden am Vormittage vor dem Hauptgeschäft überschreiten und jedem Geschäft mindestens der zweite Sonntag ganz freigelassen werden. Eine in dieser Richtung gehende Eingabe soll dem Bundesrat vorgelegt werden. Bezüglich der staatlich geordneten Interessentretung der Arbeitnehmer sprach sich der Ausschuss auf Grund des Berichtes einer Spezialkommission für partitisch besetzte Arbeitskammern aus, deren Hauptaufgaben Interessenvertretung, Einigungstätigkeit, Unterstützung von Verwaltungsaufgaben sein sollen; Separatisten seien zu lassen; alle Kategorien der Arbeitnehmer, einschließlich der in staatlichen Betrieben beschäftigten, der Privatbeamten und der Handlungsgeschäften seien zu berücksichtigen. Über die schwierigen Fragen der Organisation der Kammern soll die Kommission weitere Untersuchungen erststellen. Für die nächste, im Herbst 1906 stattfindende Generalversammlung der Gesellschaft wurde als Gegenstand der Verhandlung die Verhütung von Ausständen und Ausperrungen im Kohlenbergbau bestimmt; eine aus Gelehrten und Arbeitern zusammengesetzte Kommission soll die in England für Bergbau, Textilindustrie und Metallgewerbe bestehenden Institutionen, die die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im friedlichen Wege regeln, studieren und damit eine Unterlage für die Generalversammlung schaffen. Über die Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeitsschutz wurde mitgeteilt, daß dank dem Eingreifen mehrerer Staatsregierungen, der Opferwilligkeit einiger Sektionen und der Einhaltung strenger Sparmaßnahmen die Finanzverhältnisse sich wesentlich gebessert und ein völliges Verschwinden des Defizits für 1906 zu erhoffen sei. Die Vorarbeiten für die nächste Delegiertenkonferenz seien in gutem

Gange. Endlich beschloß der Ausschuss, die Wiederwahl des Vorstandes und die Wahlung folgender neuer Mitglieder: Hartmann, Vorsitzender des Zentralverbandes der deutschen Gewerkschaften, Schiffer, Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, der Reichstagssabgeordneten Erzberger und Dr. Potheß, sowie des Landtagsabgeordneten Dr. Goldschmidt-München.

best zu drängen. Wenn der gute Wille vorhanden ist, kann dieses bald geschehen. Wir hoffen, daß wir bald im Interesse aller Beteiligten, nicht in letzter Linie des Herrn Schiller, melden können: Die Sache ist zur Zufriedenheit erledigt.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Erfolge der Hausagitation.

Monsdorf: 20 Mitglieder.
Heringen-Dahl: 43 Mitglieder, (28 Kollegen 15 Kolleginnen.)

Einsiedeln. Eine große öffentliche Demonstrationsversammlung für die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitsstages fand hier am 9. Dez. statt. Fast allein waren unsere Mitglieder eingetragen, sondern auch viele Handwerker und Bürger waren der Einladung gefolgt. Nachdem der zweite Teil der erden Reaktionen, Kollegen Peitz aus Krefeld, das Wort in ca. 1½ stündigem Vortrage wies Redner die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, besonders für die Textilindustrie, nach. Zum Schluß wurde von ihm eine Resolution eingebracht, wonach der Centralverband erachtet wird, eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag zu richten, damit der zehnstündige Maximalarbeitsstag baldigst eingeführt werde. Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Nach einer kurzen Pause ergriff unser Bezirksvorsitzender Karls das Wort. Nachdem derselbe kurz einen Rückblick auf den Vortrag des Kollegen Peitz gehalten, wies er nach, daß auch hier in Einsiedeln eine Verkürzung der Arbeitszeit wohl angebracht sei, und brachte zum Schluß folgende Resolution:

„Die heutige, sehr starke, besuchte öffentliche Versammlung ist von der Notwendigkeit und Durchführbarkeit der zehnstündigen Arbeitszeit in der Textilindustrie überzeugt. Sie erachtet es daher auch für angebracht, ihr Vorsitzende diese Arbeitszeit zu erneuen. Sie beantragt den Vorstand der hiesigen Ortsgruppe des Centralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, beim hiesigen Fabrikantenverein die Einführung des zehnstündigen Arbeitszeitestages zu beantragen. Die Versammlung verspricht, durch zahlreichen Eintritt in den christlichen Textilarbeiterverband der Eingabe einen großen Nachdruck zu geben.“

Auch diese Resolution fand einstimmige Annahme. Nachdem der Vorsitzende in herzlichen Worten den beiden Rednern den Dank der Versammlung ausgesprochen und zum treuen Wohlwollen der Organisation aufgefordert, schloß er mit dem folgenden Gruss die Versammlung.

W. Glashausen. Zu einer Demonstrationsversammlung, den der vorangegangenen Maximalarbeitsstag betreffend, hatten die Vorstände auf den 10. Dez. eingeladen. Die Versammlung, welche dienstlich gut besucht war, wurde vom Vorsitzenden von Glashausen eröffnet. Das Referat hatte der Vorsitzende von Glashausen, Kollege Hartmann, übernommen. In einer ca. einstündigen Rede legte dieser Redner die Notwendigkeit der geleglichen Festlegung des zehnstündigen Maximalarbeitsstages klar. Auf Grund eines reichen Materials ging der Redner alle Erfüllung durch, welche für die gesetzliche Festlegung sprechen, wobei er ganz besonders die schlimmen Folgen und das Familieneleben der Arbeiter ausführte, welches ja auch von allen Autoritäten auf jüdischen Gebiete anerkannt sei. Zum Schluß rief der Redner einen warmen Appell an die anwesenden Nichtjüdischen, besonders, um der Arbeitsschutz zu erhalten. Keiner weist ihn ab.

Nach einer kurzen Pause, in welcher von den Vertretern anderer Augsburger und Aufnahmeteilnehmern vertreten wurden, nahm die Sitzung der Segen etwas näher, besonders die kündigen Gebungen des Schärmacherverbandes, genannt „Centralverband deutscher Industrieller“. An der Hand eines reichen statistischen Materials bewies er, wie wenig stichhaltig die Einwände der Seg-

Nebenkult über die Sterbefälle

pro II. Quartal 1905.

No.	Name	Dort	Sterbefall	Sturzfall	Erkrankt	Dort	Name	Sturzfall	Erkrankt	Erkrankt
1	Carl Schäffer	Görlitz	?	?	60	1	Reinhard Krämer	Werdau	Erkrankt	40
2	Vikt. Eichert	Düben	Zuckerfabrik	Berufslieg	50	2	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	30
3	Wilhelm Schäfer	"	"	Stoffweiterleitung	40	3	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
4	Sophie Schäfer	"	"	Stoffweiterleitung	60	4	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	80
5	Sophie Eichert	"	"	Stoffweiterleitung	60	5	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
6	Siegmund Kühnemann	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	6	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
7	Stein. Breitens	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	7	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
8	Karl. Obermeister	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	8	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
9	Kristian Hillebrand	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	9	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
10	Wilhelm Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	10	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
11	Julius Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	11	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
12	Peter Epichymacher	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	12	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
13	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	13	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
14	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	14	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
15	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	15	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
16	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	16	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
17	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	17	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
18	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	18	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
19	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	19	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
20	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	21	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
21	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	22	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
22	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	23	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
23	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	24	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
24	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	25	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
25	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	26	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
26	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	27	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
27	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	28	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
28	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	29	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
29	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	30	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
30	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	31	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
31	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	32	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
32	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	33	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
33	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	34	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
34	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	35	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
35	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	36	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
36	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	37	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
37	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	38	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
38	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	39	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
39	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	40	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
40	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	41	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
41	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	42	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
42	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	43	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
43	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	44	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
44	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	45	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
45	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	46	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
46	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	47	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
47	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	48	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
48	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	49	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
49	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	50	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
50	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60	51	Reinhard Schäfer	Gehörungsfall	Gehörungsfall	60
51	Walter Weißer	Görlitz	"	Stoffweiterleitung	60</td					

